

Von Bürgern, Demokraten und Idioten – und was der Apostel Paulus dazu sagt

Ist eine Demokratie »für alle« überhaupt möglich? Derzeit sind politische Entscheidungen systematisch verzerrt, sie fallen eher zulasten der einkommensschwachen Schichten. Nötig sind deshalb neue Instrumente zur Beteiligung derer, die ihre Stimme bisher zu wenig in die Politik einbringen können. Das zeigt auch der Blick auf die (kurze) Blüte der Polis-Demokratie im antiken Athen – und auf die revolutionäre Wendung beim Apostel Paulus, die gleichsam die Idee universaler Menschenrechte vorwegnahm.

Von Pastor Dr. Jürgen Kehnscherper

»Demokratie ist ein Verfahren, umstrittene Fragen auf eine Weise zu entscheiden, die auch den Unterlegenen als legitim erscheint. Niemand kann dabei erwarten, dass die eigene Meinung stets umgesetzt wird. Wenn allerdings die Politik systematisch den politischen Präferenzen bestimmter sozialer Gruppen folgt, wohingegen die anderer missachtet werden, wird der Grundsatz politischer Gleichheit beschädigt.«¹

Was möglicherweise viele Menschen schon immer geahnt oder vermutet haben, ist nun durch eine aktuelle Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) wissenschaftlich untersucht und belegt worden: Politische Entscheidungen in unserem Land sind systematisch zum Nachteil der armen und zum Vorteil der reichen Bevölkerungsschichten verzerrt.



So ideal stellte der Maler Leo von Klenze 1846 die Akropolis und den Areopag in Athen dar. Die Geschäfte der Polis fanden ausschließlich im öffentlichen Raum statt. Die Bürger identifizierten sich mit ihren öffentlichen Plätzen, Tempeln, Theatern, Sportstätten und Versammlungshallen. Alle diese Institutionen dienten der Kommunikation und dem Zusammenhalt der Bürger. Sie gehören noch heute zu den staunenswerten Überresten der Polis-Demokratie.

¹ Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2016): Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015, Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Endbericht, Berlin, S. 4.

In den USA hatte schon zwei Jahre zuvor eine ähnlich angelegte Studie von Wissenschaftlern der angesehenen Princeton und Northwestern University² für Aufsehen gesorgt. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Behauptung Amerikas, die größte demokratische Gesellschaft zu sein, ernsthaft gefährdet ist. Es konnte nachgewiesen werden, dass der Wille der großen Mehrheit der Bevölkerung bei politischen Entscheidungen nicht berücksichtigt wird, sobald die Mehrheitsmeinung anders ist als die der Wirtschafts-Eliten oder organisierter Gruppen, die Wirtschaftsinteressen vertreten.³ Oder, kürzer gesagt: »Wenn Arme und Reiche unterschiedliches wollen, folgt die US-Politik fast ausnahmslos den Reichen.«⁴

Die deutsche Studie von 2016 hat mit einem ähnlichen Forschungsansatz ein breites Spektrum von Sachfragen aus den »DeutschlandTrend-Umfragen« unter Berücksichtigung der sozialen Schichtung der Befragten sowie der späteren politischen Umsetzung ausgewertet. Das Ergebnis ist eindeutig: »In diesem Bericht werden erstmals Forschungsergebnisse für Deutschland vorgestellt, die eine ähnliche

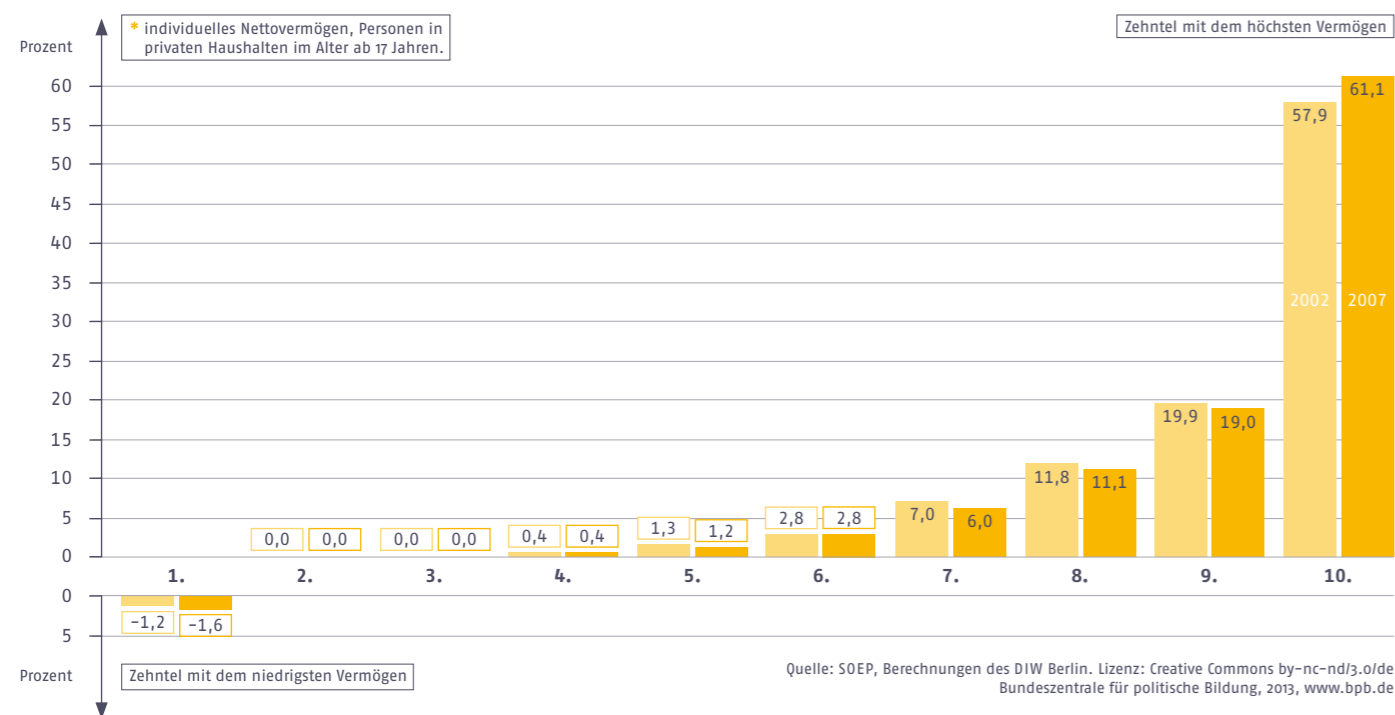
Schiefelage in der politischen Responsivität zulasten der sozial Benachteiligten wie in den USA nachweisen.«⁵

Einkommensarme Befragte, so die Studie, wünschen sich insbesondere für die Außen-, Wirtschafts- sowie die Sozialpolitik in vielen Fällen andere Entscheidungen als einkommensstarke. Für die politische Umsetzung dokumentiert die Forschungsarbeit einen »deutlichen Zusammenhang zwischen den getroffenen politischen Entscheidungen und den Einstellungen der Bessergestellten, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang für die Einkommensschwachen.«⁶ Mit anderen Worten: Was die obersten Einkommensschichten in unserem Land politisch wollen, hat statistisch die besten Aussichten, umgesetzt zu werden. Was die untersten Einkommensschichten in unserem Land wollen, wird mit großer Wahrscheinlichkeit *nicht* umgesetzt.

In einer repräsentativen Demokratie müssen Abgeordnete die Anliegen und Interessen der Bevölkerung wahrnehmen. Andererseits sind sie jedoch auch frei, ihrem Gewissen zu folgen. Wie alle Bürger sind auch sie auf ein Grundgesetz

Vermögensverteilung

Erwachsene Bevölkerung nach Zehnteln (Dezile), Anteile am Gesamtvermögen in Prozent, 2002 und 2007*



² Prof. Martin Gilens und Prof. Benjamin I. Page werteten für ihre Studie »Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups and Average Citizens« (2014) 1.779 Gesetzesinitiativen aus den Jahren 1982 bis 2002 aus und glichen sie mit jeweils zuvor erfolgten Meinungsumfragen ab.

³ Vgl. Deutsche Wirtschafts Nachrichten vom 26. 4. 15: Princeton-Studie als Warnung an Europa: USA sind keine Demokratie mehr, <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/04/26/princeton-studie-als-warnung-an-europa-usa-sind-keine-demokratie-mehr/> (zuletzt abgerufen 20. 1. 2017).

⁴ Elsässer, Lea, u. a. (2016): a. a. O. (Fn. 1), S. 10.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd., S. 43.

⁷ Grundgesetz, Präambel.

⁸ Die Tatsache einer aktuell höheren Wahlbeteiligung durch die zunehmende Zahl von Protestwählerinnen und -wählern widerspricht diesem Zusammenhang nicht, sondern unterstreicht die These und gibt ihr eine neue Dynamik.

verpflichtet, das sich das deutsche Volk »im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen«⁷ gegeben hat. Demokratisch gewählte Politiker sollen keine Politik nach kurzlebigen Meinungsumfragen machen. Das ist im Zeitalter von Twitter, Facebook & Co. ganz gewiss auch besser so. In einer repräsentativen Demokratie dürfen auch unpopuläre Entscheidungen getroffen werden – wenn sie denn gut begründet sind. Eine »dauerhafte oder systematische Ignoranz« gegenüber dem Willen eines großen Teils der Bevölkerung, wie ihn der Abschlussbericht der Studie des BMAS konstatiert, stellt allerdings die demokratische Legitimation der Politik auch in Deutschland ernsthaft infrage.

Da die Parteienfinanzierung in Deutschland nicht privat, sondern überwiegend staatlich geregelt ist, dürfte sie als Ursache für die systematisch verzerrte Responsivität auscheiden. Liegt der Grund für die Schiefelage in der Zusammensetzung der deutschen Parlamente, in denen bestimmte sozioökonomische Schichten kaum oder überhaupt nicht vertreten sind? Oder gibt es gar einen sich selbst verstärkenden Kreislauf, in dem sich permanent benachteiligte Schichten von der etablierten Politik und dem Gebrauch ihres Wahlrechtes abwenden,⁸ weil sie sich nicht gehört und vertreten fühlen, und andererseits die etablierte Politik sie ignoriert, weil sie ohnehin keine Wählerstimmen repräsentieren?

Lässt sich Demokratie demokratisieren?

Drängend ist in jedem Fall die Frage, wie die brandgefährliche und nun auch für Deutschland nicht mehr zu leugnende Schiefelage behoben werden kann. Die Autorinnen und Autoren der Studie des BMAS machen einen bemerkenswerten Vorschlag: Sie plädieren dafür, zunächst einmal die Unterschiede in den Präferenzen stärker bewusst zu machen. Die Studie belegt nämlich, dass das Einkommen ein stärkerer Indikator für Meinungsunterschiede ist als z. B. das Geschlecht, das Alter oder die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland. Das Einkommen macht tatsächlich den entscheidenden Unterschied.

Außerdem ist es offensichtlich nicht ausreichend, wenn alle Gruppen der Gesellschaft *rein formal* das gleiche Recht auf politische Mitwirkung genießen. Zusätzlich muss es geeignete Institutionen und Instrumente geben, die eine Beteiligung auch in der Praxis sichern. Mit dem Gender Mainstreaming wurde beispielsweise ein Instrument geschaffen, um auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und

Männern aufmerksam zu machen und sie bei politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Ebenso wurden im Zuge der zunehmenden Etablierung inklusiven Denkens und Handelns Instrumente entwickelt, um u. a. die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen auf einem ganz neuen Niveau zunächst *verstehen* und dann auch berücksichtigen zu können.

In gleicher Weise sollten Instrumente geschaffen werden, »um die Vorstellungen und Bedürfnisse derer stärker zu berücksichtigen, die ihre Stimme weniger stark in den politischen Prozess einbringen, oftmals aber in besonderem Maße von politischen Entscheidungen betroffen sind. Verwiesen sei hier beispielhaft auf die Hartz IV-Gesetzgebung, die vor allem den Alltag armer Menschen beeinflusst.«⁹

Wenn in Deutschland im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter oder bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung durch passende Instrumente erstaunliche Fortschritte gemacht wurden – warum sollte ähnliches nicht auch für *andere Gruppen* möglich sein?

Doch um deren Anliegen politisch berücksichtigen zu können und Voraussetzungen zu schaffen, dass für sie neben einer Teilhabe auch eine Teilgabe möglich wird, müssten sie erst einmal bekannt bzw. verstanden sein! Um nur *ein* Beispiel zu nennen: Die Wahrnehmung der tatsächlichen Lebenssituation von armen bzw. arbeitslosen Menschen in Deutschland ist hochgradig unterentwickelt. Menschen, die von Transferleistungen aus dem SGB II leben müssen, sind die einzige Gruppe, die in unserem demokratischen Staat immer noch ungestraft pauschal herabgewürdigt werden darf – im Oktober 2016 waren dies mehr als 6,2 Millionen Menschen. Zur Lebenssituation langzeitarbeitsloser Frauen und Männer gibt es bezeichnender Weise im deutschsprachigen Raum seit der bahnbrechenden Marienthal-Studie von 1933 kaum fundierte Untersuchungen mit einem deziert *qualitativen* Forschungsansatz.¹⁰

Die Wahrnehmung, wie arme Menschen in Deutschland leben, ist hochgradig unterentwickelt.

Demokratie hat für alle zu gelten. *Unten* und damit »draußen« ist in Deutschland schon, wer in bestimmten Regionen oder Stadtteilen lebt, wer die falschen Schulen besucht, zu viele Kinder oder den falschen Beruf hat, allein-

⁹ Elsässer, Lea, u. a. (2016): a. a. O. (Fn. 1), S. 44.

¹⁰ Jahoda, Marie / Lazarsfeld, Paul / Zeisel, Hans (1933/2014): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit, 24. Aufl., Frankfurt/Main. Positive Beispiele für aktuelle fundierte *qualitative* Untersuchungen, aber leider Ausnahmen allein auf weiter Flur: Dörre, Klaus / Scherschel, Karin / Booth, Melanie, u. a. (2013): Bewährungsproben für die Unterschicht?, Frankfurt a. M.; sowie:

Bednarek-Gilland, Antje (2015): Fragiler Alltag Studie zu den Fähigkeiten langzeitarbeitsloser Menschen, Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, Hannover.

Anders als ein quantitatives Herangehen, das objektivierbare Daten misst, zählt und statistisch auswertet, bemüht sich ein qualitativer Ansatz zum Beispiel durch intensive Begleitung und Interviews über einen längeren Zeitraum hinweg die intrinsischen Motive, Bedürfnisse und Konditionierungen zu erfassen und vor allem auch *zu verstehen*.

erziehend oder zu alt ist – oder einfach nur ängstlich und überfordert. Ist Demokratie für alle überhaupt möglich? Die Staatsform der Demokratie ist bereits vor etwa 2.500 Jahren entwickelt worden. Die Erforschung und Deutung ihres Herkommens, ihres Aufblühens und ihres Vergehens ist bis heute eine unerschöpfliche Quelle aller Staats- und Gesellschaftstheorie geblieben. Der Blick auf den Ursprung schärft und inspiriert den Blick auf die Gegenwart auch in Bezug auf die Bedeutung geeigneter Institutionen zur Beteiligung.

Testfeld Demokratie: Die griechische Polis

Die meisten Länder der Welt werden heute autokratisch oder oligarchisch regiert und auch Demokratien fallen bekanntlich immer wieder in diese Herrschaftsformen zurück. Da dies allerdings (immerhin!) als irregulär gilt, präsentieren sich Autokraten und Oligarchen gerne als »lupenreine« Demokraten. »Doch wo auch immer diese Herrschaft hinterfragt wird«, so der amerikanische Politologe und Historiker Josiah Ober mit Blick auf die antike Polis-Demokratie, »wissen Politiktheoretiker und Gesetzgeber, dass es eine Alternative gibt. Sie wissen, dass ein glänzendes Zeitalter bürgerzentrierter Politik und hoher Kultur möglich ist.«¹¹

In den Ländern und Nationen, die sich mit ihrer Kultur in der Tradition der europäischen Antike sehen, sollte unstrittig sein, dass Freiheit, sozialer Ausgleich und eine hoch entwickelte Verabredungskultur die besten Voraussetzungen für politische Stabilität, kulturelle Blüte und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind.

Das Urprinzip der Demokratie: Ausgleich und Vertrauen unter ihren Bürgern schaffen.

Die Idee, Instrumente bzw. Institutionen zu entwickeln, die sowohl die Bedürfnisse als auch die Potenziale der Bürgerschaft möglichst vollständig abbilden und integrieren, ist nicht neu: Dies war das Herzstück der griechischen Polis-Demokratie. Die politische Stärke und der wirtschaftliche Erfolg der Demokratie hingen schon in ihrer Urform von der Fähigkeit und dem Willen ab, Ausgleich und Vertrauen unter ihren Bürgern zu schaffen.

¹¹ Ober, Josiah (2016): Das antike Griechenland. Eine neue Geschichte, Stuttgart, S. 437. Mit der Einbeziehung wirtschaftswissenschaftlicher Perspektiven gelingt Josiah Ober eine bemerkenswerte neue Deutung der Geschichte der griechischen Demokratie.

¹² So ist das von den klassischen griechischen Staatstheoretikern entwickelte Schema der möglichen Verfassungen seit dem 6. Jh. v. Chr. bis heute unverändert gültig: Entweder regiert einer, einige, oder »alle«. Dies wurde schon in der Antike als Typisierung mit unzähligen Misch- und Sonderformen verstanden. Ob eine dieser drei Verfassungen gut oder schlecht ist, das bemisst sich daran, ob die Herrschenden nur ihrem eigenen Nutzen oder dem Gemeinwohl dienen.

Die (eine) griechische Demokratie hat es nie gegeben. Die Regierungsformen der zahlreichen griechischen Stadtstaaten (*polis*, pl. *poleis*) und ihrer Bündnisse waren mindestens so vielfältig wie die der heutigen EU-Länder. Trotz oder gerade wegen etlicher gesetzgeberischer Fehlschläge und wiederholter Rückfälle in Oligarchie und Despotismus blieb die *bürgergerechte* Ordnung des Staatswesens Gegenstand ständiger Reflexion und Erneuerung.¹² Innovation gab es im klassischen Griechenland vom 6. bis zum 4. Jahrhundert weniger auf dem Feld der Technik, dafür umso mehr bei der Entwicklung partizipativer Institutionen.

In der Neuzeit findet Innovation überwiegend auf dem Gebiet industrieller Technologien statt und hat als sich selbst verstärkendes System ein historisch beispielloses Niveau an Beschleunigung erreicht – mit all den bekannten selbstzerstörerischen sozialen und ökologischen Konsequenzen.

Nun ist jedoch die Technik »nur ein Feld, in dem ständige wachstumspositive Innovationen möglich sind«.¹³ Was wäre, wenn auch nur ein kleiner Teil der gewaltigen, gegenwärtig für den technologischen Fortschritt aufgewendeten gesellschaftlichen Ressourcen für die Entwicklung innovativer öffentlicher Instrumente aufgewendet würde, die das Niveau sozialer Kommunikation und Kooperation steigern? Dies entspräche der Intention des Vorschlages der Arbeitsgruppe des BMAS. Wie ein Blick in die Geschichte zeigt, wäre es eine ebenso gute und sichere Investition in die Zukunft wie die Entwicklung neuer Technologien.

Freiheit ist nicht durch Abgrenzung zu gewinnen

»Denn einzig bei uns heißt einer, der an staatlichen Dingen gar keinen Teil nimmt, nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter, und nur wir entscheiden in den Staatsgeschäften selber oder denken sie doch richtig durch.«¹⁴

Einen Menschen, der sich mit den Angelegenheiten seines Staates, der *polis*, identifiziert und aktiv für sie eintritt, nannten die alten Griechen einen *polites*, einen »politischen Menschen«. Wer auf »das Seine« (*ta idia*), also allein auf sein persönliches Fortkommen beschränkt blieb, hieß *idiotes*, was auch damals schon so viel wie »Idiot« bedeutete.

Ta idia, »das Eigene«, war das »Haus« (*oikos*), der Ort des Wirtschaftens und der Produktion. Da Wirtschaft lebens-

¹³ Ebd., S. 177.

¹⁴ »Gefallenenrede« des Perikles in: Thukydides, Peloponnesischer Krieg II, 40.

¹⁵ Die universalen Menschenrechte sind bekanntlich bis heute selbst in modernen Demokratien nicht vollständig umgesetzt, z. B. das Menschenrecht auf Arbeit; es gilt noch nicht einmal das Recht auf gleichen Lohn für Männer und Frauen.

¹⁶ Solon wurde etwa im Jahr 640 v. Chr. geboren und war ein Zeitgenosse des jüdischen Propheten Jeremia, der ebenfalls die soziale Ungleichheit in seiner Gesellschaft scharf kritisierte. Solons Reform begann 594 v. Chr.

notwendig ist und kaum Spielräume lässt, kann es nach antikem Verständnis im *oikos* keine Freiheit geben. Im »Haus«, das mit tausenden Sklaven und Abhängigen in Einzelfällen durchaus den personellen Umfang heutiger Großunternehmen erreichen konnte, regiert zwangsläufig der *despotes*. Unzulässig ist die Despotie nach antikem Verständnis nur, wenn sie als Herrschaftsform vom *oikos* auf die Gesamtheit der *polis* ausgeweitet wird. Wenn die Polis sich nach ihren eigenen Gesetzen (*nomoi*) demokratisch regieren und ihre Freiheit behalten will, muss sie von der *Oiko-nomie* strikt getrennt bleiben.

Oikos und Ökologie

Bis in die Neuzeit hinein galt das Verständnis der Ökonomie als »Haus-Wirtschaft« und ihrer strikten Trennung von der Politik. Erst im 18. Jahrhundert hatte die private Hauswirtschaft sich über den Merkantilismus zur »Volks-Wirtschaft« ausgeweitet. Die Wirtschaft, die heute unser Überleben sichert, ist zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden. Die Trennung von *oikos* und *polis* ist aufgehoben – mit all den sich daraus ergebenden Problemen auch für die Demokratie. Ein großer Teil der Politik kreist um die Steuerung der Wirtschaft – und trifft dabei auf deren Eigengesetzlichkeit. In der modernen »Menschheitsfamilie« mit einem »Weltmarkt« ist der gesamte Planet zu einem einzigen *oikos* geworden. Seine Zukunft wird entscheidend davon abhängen, ob die Politisierung der Öko-nomie demokratischen Prinzipien folgen und in eine verantwortungsvolle Öko-logie münden wird.

Die Kehrseite dieses Demokratieverständnisses war, dass es nur für »Hausherren« und Bürger galt. Frauen, Sklaven und andere Personen, die kein Bürgerrecht besaßen, gehörten zum Bereich des *oikos* und hatten bestenfalls indirekt Anteil an den Früchten der Demokratie.

Antike Demokratie basiert auf Bürgerrechten. Darin liegen ihre Stärke und ihre Beschränkung. Die universalen, d. h. für *alle* Menschen gültigen Menschenrechte wurden erst 1948 von der UNO deklariert.¹⁵ Als Begründer der Bürgerrechte gilt der athenische Dichter und Staatsmann Solon.¹⁶ Während einer schweren sozialen und wirtschaftlichen Krise in Athen diagnostizierte der zum Schlichter berufene Solon ein

¹⁷ Vgl. Olof Gigon im Vorwort zu: Aristoteles (2011): Politik, München, S. 12.

¹⁸ Eine der Neuerungen Solons war beispielsweise das Vereinsrecht, das über das römische Recht bis in unsere Zeit fortgeschrieben wurde und bis heute unentbehrlicher Bestandteil der bürgerlichen Zivilgesellschaft ist.

¹⁹ Von der erfolgreichen Abwehr des Perserreiches in der Seeschlacht von Salamis 480 durch die von Athen geführte Koalition griechischer Stadtstaaten bis zum Beginn des Peloponnesischen Krieges 431–404 v. Chr., den Athen gegen seine griechischen Nachbarn führen musste.

Ungleichgewicht: »Die Reichen sind zu reich und übermütig, die Armen zu arm, und die Mittleren vermögen sich nicht durchzusetzen. Darum kann ein Tyrann kommen und sich auf die Unzufriedenen stützen.«¹⁷ Mit einem ganzen Bündel von Verordnungen¹⁸ setzte Solon einen maßvollen Ausgleich unter den Polis-Bürgern durch und stärkte erfolgreich eine breite Mittelschicht. Das später noch verfeinerte föderale System, das auch die dazugehörigen ländlichen Regionen gleichberechtigt mit einbezog, festigte das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bürger. Ein im Jahreszyklus rotierendes System der Mitarbeit im regierenden Rat der 500 brachte einerseits sehr umfassend die Kenntnisse und Interessen der Bürgerschaft in die Politik. Andererseits erwarb ein großer Teil der Bürger Kompetenzen in der Regierungs- und Verwaltungsarbeit sowie bei der Rechtsprechung und lernte, wie diese Institutionen effektiv zu gebrauchen sind.

Es brauchte allerdings noch 100 Jahre des Experimentierens, bis die Demokratie in Athen funktionierte. Ihre Blüte dauerte jedoch nur 50 Jahre¹⁹ und trug dabei den Keim ihres Untergangs bereits in sich. Denn Athen wurde durch sein innovatives System der Demokratie wirtschaftlich und militärisch zu einer »Super«-Polis und begann, seine Bündnispartner zu dominieren. Demokratie gab es nur im eng begrenzten Binnenverhältnis. Gegenüber allen anderen hieß es: »Athen zuerst«. So kam seine Demokratie in das Dilemma, das bis heute gilt: »... denn die Herrschaft, die ihr übt, ist jetzt schon Tyrannei; sie aufzurichten mag ungerecht sein, sie aufzugeben ist gefährlich.«²⁰

Freiheit und Demokratie sind nicht durch Ab- und Ausgrenzung zu gewinnen, sondern durch Kommunikation und Kooperation. Wie wir heute wissen, kann auf Dauer nur frei und demokratisch bleiben, wer auch andere frei sein lässt. Demokratie gibt es nur, wenn sie auch für die scheinbar Geringsten, die – wie wir heute sagen würden – Abgehängten gilt.

In diesem Sinne entwickelte der Apostel Paulus 500 Jahre nach der Blüte Athens eine ganz neuartige Vision einer freien und solidarischen Gemeinschaft. Er greift dazu den in der Antike geläufigen Vergleich der menschlichen Gemeinschaft mit dem Zusammenspiel der Glieder eines Körpers auf – und deutet ihn neu: »Und wenn ein Glied leidet, dann leiden alle Glieder mit; Und wenn ein Glied geehrt wird, dann freuen sich alle Glieder mit.«²¹

²⁰ So Perikles in seiner »Trostrede« an die Athener, mit der er sie von der Notwendigkeit eines Krieges gegen die Nachbarn überzeugt: Thukydides, Geschichte des Peloponnesischen Krieges II, 63.

²¹ Paulus, 1. Brief an die Korinther 12, 26.



Der Apostel Paulus, dargestellt in einem Mosaik aus dem 5. Jahrhundert.

Das Ende der Alternativlosigkeit: Die Revolution des Paulus

Als der Apostel Paulus seine Briefe schrieb, war Korinth eine römische Kolonie mit einer blühenden Wirtschaft, einer bunt gemischten Bevölkerung und einem starken sozialen Gefälle. Offenbar wirkten die sozialen Spannungen auch in das Leben der christlichen Gemeinde hinein. Worum es im Einzelnen ging, ist aus den Briefen des Paulus nicht mehr sicher zu rekonstruieren. Aber es wird deutlich, dass der christlichen Gemeinschaft weniger durch Glaubens- und Bekenntnisfragen als durch Unterschiede des Ranges und des Ansehens eine Spaltung drohte: »Gering geschätzt die Einen, hoch geachtet die Anderen.«²² Konkret im Blick ist die Geringschätzung und Rücksichtslosigkeit, mit der die Wohlhabenden denen begegneten, die in Armut und von ihrer Hände Arbeit lebten.²³ Konflikte dieser Art sind in einer Vielzahl von Beispielen aus der griechischen und römischen Welt überliefert. Die politisch-rhetorische Figur, mit der diesem Konflikt häufig begegnet wurde, war das Bild von der Einheit des menschlichen Körpers und seiner Glieder. Das berühmteste Beispiel ist die Rede, mit der der römische Patrizier Menenius Agrippa 495 v. Chr. einen Streik der Plebejer beendet haben soll. Ziel des bildhaften Vergleiches war es, bestehende Hierarchien zu legitimieren. Jedes Glied des Körpers tut den Dienst, für den es ausersehen ist, und alle zusammen mühen sich und ernähren den Magen. Wenn es dem Magen gut geht, geht es dem ganzen Körper gut. »Die Masse hörte sich die Geschichte an und kam zur Erkenntnis, dass der Überfluss der Reichen auch die Sache der Armen fördere.«²⁴ Ein späterer Bearbeiter fügt noch hinzu: »Denn wenn die Reichen nichts besäßen, so fänden auch die Armen in Notzeiten niemand, der ihnen leihen könnte.«²⁵ Diese eigenwillige Logik ist keineswegs sarkastisch, sondern durchaus ernst gemeint. Sie findet bis heute durch die trickle-down-Hypothese ihre Anhänger, die in der ökonomischen Entwicklungstheorie besagt, dass der wachsende Reichtum der Reichen durch folgende vermehrte ökonomische Aktivität dazu führe, dass auch die Armen etwas davon haben.

Paulus greift zunächst ganz konventionell das seinen Lesern wohlbekanntes Bild vom Leib und seinen Gliedern auf und buchstabiert es ausführlich durch: Jedes Glied hat seinen Platz und seine Funktion, alle zusammen bilden

²² Vgl. hierzu und zum Folgenden Halbe, Jörn (2016): Parteilichkeit und Solidarität. Gemeinde Jesu Christi – Anbruch inklusiver Welt, in: Okuli, Christoffel Blindenmission.

²³ Was in griechischem Verständnis das gleiche war. Wer von seiner Hände Arbeit lebte, den nannten die Griechen einen Banausen – und meinten es auch so. Im klassischen Griechisch gibt es zwei Worte für »arm«. *Penia* ist die Armut, die zum Lebensunterhalt durch Arbeit zwingt – egal wie hoch der Verdienst ist. Die andere Sorte von Armen sind die *ptochoi*, die Bettler. Standesgemäß ist allein das Leben eines Rentiers. – Nur vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, dass es dem Ansehen und der Autorität des Paulus in Korinth schwer geschadet hat, dass er seinen Lebensunterhalt lieber durch Arbeit verdiente, als eine standesgemäße »Rendite« aus seiner Gemeinde zu beziehen.

den Leib und der ist mehr als seine Glieder. Paulus redet jedoch nicht einer vermeintlichen, quasi naturhaft gegebenen Alternativlosigkeit bestehender gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse das Wort. Im Gegenteil. Paulus überrascht seine Leser und gibt dem bekannten Bild einen völlig neuen Sinn: »Vielmehr sind die Glieder des Leibes, die uns die schwächsten zu sein scheinen, die nötigsten.«²⁶ Die jeweils Geringsten sollen bei uns die Wichtigsten sein, ihnen gebührt die größte Aufmerksamkeit! »Denn Gott hat den Leib zusammengefügt und dem geringeren Glied höhere Ehre gegeben, damit keine Spaltung sei, sondern die Glieder in gleicher Weise füreinander sorgen.«²⁷

Was Paulus hier an Gesellschaftstheorie kundtut, muss auf seine Zeitgenossen mindestens so atemberaubend neuartig und aufrüttelnd gewirkt haben wie beispielsweise seine Predigt von der Auferstehung der Toten. Ebenso unerhört war auch seine Rede von einem »Bürgerrecht im Himmel«²⁸: »Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn Ihr seid alle in Christus Jesus.«²⁹ Damit stellt Paulus damals allgemein gültige Selbstverständlichkeiten auf den Kopf und nimmt die Idee universaler Menschenrechte vorweg.

Paulus stellt damalige Selbstverständlichkeiten auf den Kopf.

Die Tatsache, dass Paulus diese subversiven Ideen zunächst nur für die christliche Gemeinde formuliert hat, nimmt ihnen nichts von ihrer gesellschaftlichen Brisanz. Denn für Paulus bildet sich in der Gemeinde, dem Leib Christi, schon heute die zukünftige Ordnung der Welt Gottes ab. Durch die unermüdliche Gründung und Pflege christlicher Gemeinschaften baut der Apostel eine religiös-politische Gegenöffentlichkeit, eine Alternative zu den Gegebenheiten im römischen Reich auf.

Die Demokratie des Paulus ist dynamisch. Sie kehrt nicht einfach die Verhältnisse um und lässt aus oben unten und aus unten oben werden. Wichtig sind vielmehr die, die *jeweils* unten sind. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit und Sorgfalt der anderen. Entsprechend dynamisch

²⁴ Cassius Dio, Römische Geschichte IV, 17, 12. Die Plebejer setzten immerhin einen Schuldenerlass durch. Ähnlich wie 100 Jahre zuvor unter Solon wurde jedoch die Ordnung der Stände nicht angetastet.

²⁵ Zonaras, epitome historiarum 7, 14.

²⁶ 1 Kor 12, 22.

²⁷ 1 Kor 12, 24b f.

²⁸ Paulus, Brief an die Philipper 3, 20; „im Himmel“ ist die Umschreibung für „bei Gott“, also nicht erst zukünftig, sondern schon jetzt.

²⁹ Paulus, Brief an die Galater 3, 28.

ist auch das Verständnis von Armut. Arm sein ist danach nicht allein eine Frage des Einkommens. Arm sind diejenigen, deren Lebenswirklichkeit marginalisiert wird. Arm ist, wer politisch keine Rolle spielt und dadurch im bitteren und ursprünglichen Sinne des Wortes zum *Idioten* gemacht wird.